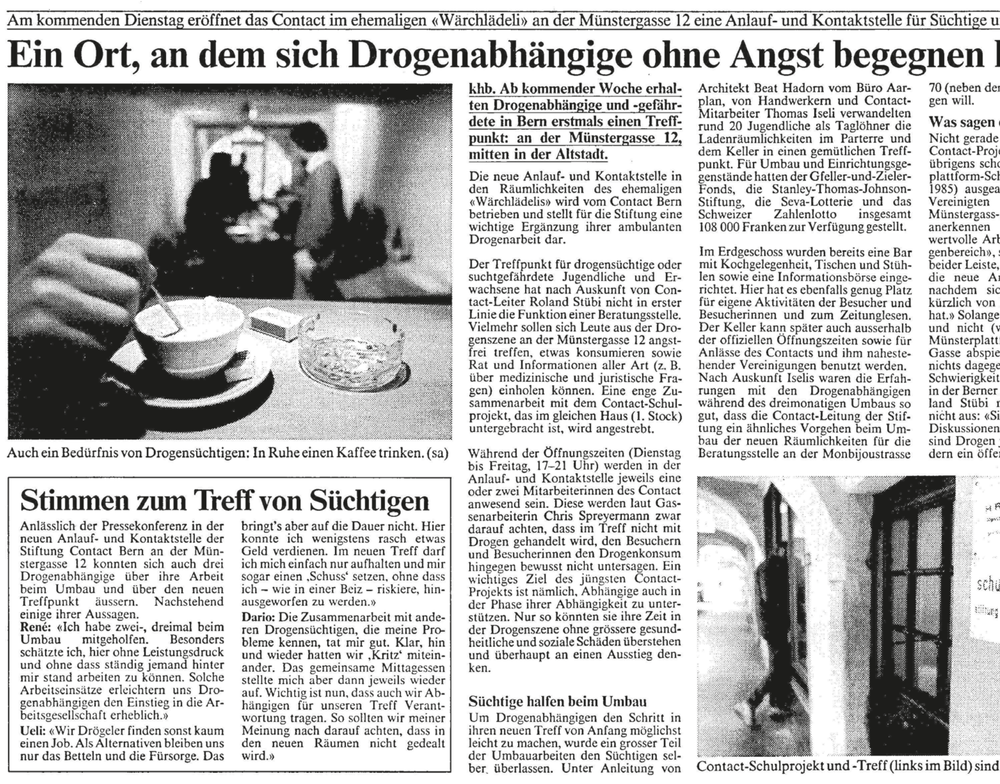
Die Schweiz blickt nach Bern

Wie die Schweizer Presse auf die CONTACT-Pionierleistung von 1986 reagierte

1986 eröffnet CONTACT an der Berner Münstergasse den weltweit ersten Drogenkonsumraum:



Am kommenden Dienstag eröffnet das Contact im ehemaligen «Wärchlädeli» an der Münstergasse 12 eine Anlauf- und Kontaktstelle für Süchtige und Suchtgefährdete

Ein Ort, an dem sich Drogenabhängige ohne Angst begegnen können

Auch ein Bedürfnis von Drogensüchtigen: In Ruhe einen Kaffee trinken. (sa)

khb. Ab kommender Woche erhalten Drogenabhängige und -gefährdete in Bern erstmals einen Treffpunkt: an der Münstergasse 12, mitten in der Altstadt.

Die neue Anlauf- und Kontaktstelle in den Räumlichkeiten des ehemaligen «Wärchlädelis» wird vom Contact Bern betrieben und stellt für die Stiftung eine wichtige Ergänzung ihrer ambulanten Drogenarbeit dar.

Der Treffpunkt für drogensüchtige oder suchtgefährdete Jugendliche und Erwachsene hat nach Auskunft von Contact-Leiter Roland Stübi nicht in erster Linie die Funktion einer Beratungsstelle. Vielmehr sollen sich Leute aus der Drogenszene an der Münstergasse 12 angstfrei treffen, etwas konsumieren sowie Rat und Informationen aller Art (z. B. über medizinische und juristische Fragen) einholen können. Eine enge Zusammenarbeit mit dem Contact-Schulprojekt, das im gleichen Haus (1. Stock) untergebracht ist, wird angestrebt.

Während der Öffnungszeiten (Dienstag bis Freitag, 17–21 Uhr) werden in der Anlauf- und Kontaktstelle jeweils eine oder zwei Mitarbeiterinnen des Contact anwesend sein. Diese werden laut Gassenarbeiterin Chris Spreyermann zwar darauf achten, dass im Treff nicht mit Drogen gehandelt wird, den Besuchern und Besucherinnen den Drogenkonsum hingegen bewusst nicht untersagen. Ein wichtiges Ziel des jüngsten Contact-Projekts ist nämlich, Abhängige auch in der Phase ihrer Abhängigkeit zu unterstützen. Nur so könnten sie ihre Zeit in der Drogenszene ohne grössere gesundheitliche und soziale Schäden überstehen und überhaupt an einen Ausstieg denken.

Süchtige halfen beim Umbau

Um Drogenabhängigen den Schritt in ihren neuen Treff von Anfang möglichst leicht zu machen, wurde ein grosser Teil der Umbauarbeiten den Süchtigen selber überlassen. Unter Anleitung von Architekt Beat Hadorn vom Büro Aarplan, von Handwerkern und Contact-Mitarbeiter Thomas Iseli verwandelten rund 20 Jugendliche als Taglöhner die Ladenräumlichkeiten im Parterre und dem Keller in einen gemütlichen Treffpunkt. Für Umbau und Einrichtungsgegenstände hatten der Gfeller-und-Zieler-Fonds, die Stanley-Thomas-Johnson-Stiftung, die Seva-Lotterie und das Schweizer Zahlenlotto insgesamt 108 000 Franken zur Verfügung gestellt.

Im Erdgeschoss wurden bereits eine Bar mit Kochgelegenheit, Tischen und Stühlen sowie eine Informationsbörse eingerichtet. Hier hat es ebenfalls genug Platz für eigene Aktivitäten der Besucher und Besucherinnen und zum Zeitunglesen. Der Keller kann später auch ausserhalb der offiziellen Öffnungszeiten sowie für Anlässe des Contacts und ihm nahestehender Vereinigungen benutzt werden. Nach Auskunft Iselis waren die Erfahrungen mit den Drogenabhängigen während des dreimonatigen Umbaus so gut, dass die Contact-Leitung der Stiftung ein ähnliches Vorgehen beim Umbau der neuen Räumlichkeiten für die Beratungsstelle an der Monbijoustrasse 70 (neben dem «Emch-Loch») vorschlagen will.

Was sagen die Altstadtleiste?

Nicht gerade glücklich über das jüngste Contact-Projekt – dessen Grobkonzept übrigens schon lange vor der Münsterplattform-Schliessung (im Februar 1985) ausgearbeitet wurde – sind die Vereinigten Altstadtleiste und der Münstergass-/Herrengassleist. «Wir anerkennen zwar grundsätzlich die wertvolle Arbeit des Contacts im Drogenbereich», sagt Fritz Gyger, Präsident beider Leiste, «erachten aber den Ort für die neue Anlaufstelle als ungünstig, nachdem sich die Drogenszene erst kürzlich von hier wieder etwas entfernt hat.» Solange sich die Szene nur im Treff und nicht (wie unmittelbar nach der Münsterplattform-Schliessung) auf der Gasse abspiele, hätten die Leiste aber nichts dagegen einzuwenden. Schwierigkeiten wegen der Drogenszene in der Berner Altstadt schliesst auch Roland Stübi nach der Treff-Eröffnung nicht aus: «Sicher wird es Konflikte und Diskussionen geben; aber schliesslich sind Drogen ja auch kein privates, sondern ein öffentliches Problem.»

Stimmen zum Treff von Süchtigen

Anlässlich der Pressekonferenz in der neuen Anlauf- und Kontaktstelle der Stiftung Contact Bern an der Münstergasse 12 konnten sich auch drei Drogenabhängige über ihre Arbeit beim Umbau und über den neuen Treffpunkt äussern. Nachstehend einige ihrer Aussagen.

René: «Ich habe zwei-, dreimal beim Umbau mitgeholfen. Besonders schätzte ich, hier ohne Leistungsdruck und ohne dass ständig jemand hinter mir stand arbeiten zu können. Solche Arbeitseinsätze erleichtern uns Drogenabhängigen den Einstieg in die Arbeitsgesellschaft erheblich.»

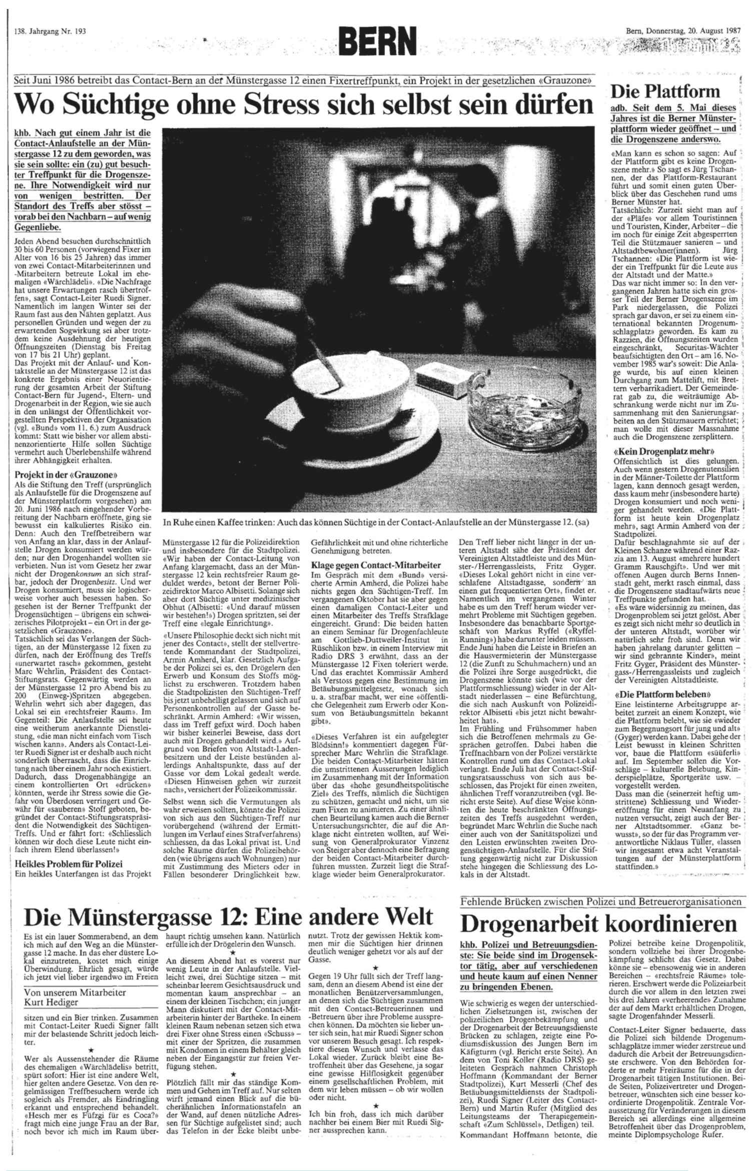
Ueli: «Wir Drögeler finden sonst kaum einen Job. Als Alternativen bleiben uns nur das Betteln und die Fürsorge. Das bringt's aber auf die Dauer nicht. Hier konnte ich wenigstens rasch etwas Geld verdienen. Im neuen Treff darf ich mich einfach nur aufhalten und mir sogar einen ‚Schuss' setzen, ohne dass ich – wie in einer Beiz – riskiere, hinausgeworfen zu werden.»

Dario: Die Zusammenarbeit mit anderen Drogensüchtigen, die meine Probleme kennen, tat mir gut. Klar, hin und wieder hatten wir ‚Kritz' miteinander. Das gemeinsame Mittagessen stellte mich aber dann jeweils wieder auf. Wichtig ist nun, dass auch wir Abhängigen für unseren Treff Verantwortung tragen. So sollten wir meiner Meinung nach darauf achten, dass in den neuen Räumen nicht gedealt wird.»

Contact-Schulprojekt und -Treff (links im Bild) sind am gleichen Ort. (sa)

Der Bund, Juni 1986:

«Ein Ort, an dem sich Drogenabhängige ohne Angst begegnen können»



138. Jahrgang Nr. 193

BERN

Bern, Donnerstag, 20. August 1987

Seit Juni 1986 betreibt das Contact-Bern an der Münstergasse 12 einen Fixertreffpunkt, ein Projekt in der gesetzlichen «Grauzone»

Wo Süchtige ohne Stress sich selbst sein dürfen

khb. Nach gut einem Jahr ist die Contact-Anlaufstelle an der Münstergasse 12 zu dem geworden, was sie sein sollte: ein (zu) gut besuchter Treffpunkt für die Drogenszene. Ihre Notwendigkeit wird nur von wenigen bestritten. Der Standort des Treffs aber stösst – vorab bei den Nachbarn – auf wenig Gegenliebe.

Jeden Abend besuchen durchschnittlich 30 bis 60 Personen (vorwiegend Fixer im Alter von 16 bis 25 Jahren) das immer von zwei Contact-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern betreute Lokal im ehemaligen «Wärchlädeli». «Die Nachfrage hat unsere Erwartungen rasch übertroffen», sagt Contact-Leiter Ruedi Signer. Namentlich im langen Winter sei der Raum fast aus den Nähten geplatzt. Aus personellen Gründen und wegen der zu erwartenden Sogwirkung sei aber trotzdem keine Ausdehnung der heutigen Öffnungszeiten (Dienstag bis Freitag von 17 bis 21 Uhr) geplant.

Das Projekt mit der Anlauf- und Kontaktstelle an der Münstergasse 12 ist das konkrete Ergebnis einer Neuorientierung der gesamten Arbeit der Stiftung Contact-Bern für Jugend-, Eltern- und Drogenarbeit in der Region, wie sie auch in den unlängst der Öffentlichkeit vorgestellten Perspektiven der Organisation (vgl. «Bund» vom 11. 6.) zum Ausdruck kommt: Statt wie bisher vor allem abstinenzorientierte Hilfe sollen Süchtige vermehrt auch Überlebenshilfe während ihrer Abhängigkeit erhalten.

Projekt in der «Grauzone»

Als die Stiftung den Treff (ursprünglich als Anlaufstelle für die Drogenszene auf der Münsterplattform vorgesehen) am 20. Juni 1986 nach eingehender Vorbereitung der Nachbarn eröffnete, ging sie bewusst ein kalkuliertes Risiko ein. Denn: Auch den Treffbetreibern war von Anfang an klar, dass in der Anlaufstelle Drogen konsumiert werden würden; nur den Drogenhandel wollten sie verbieten. Nun ist vom Gesetz her zwar nicht der Drogen*konsum* an sich strafbar, jedoch der Drogen*besitz*. Und wer Drogen konsumiert, muss sie logischerweise vorher auch besessen haben. So gesehen ist der Berner Treffpunkt der Drogensüchtigen – übrigens ein schweizerisches Pilotprojekt – ein Ort in der gesetzlichen «Grauzone».

Tatsächlich sei das Verlangen der Süchtigen, an der Münstergasse 12 fixen zu dürfen, nach der Eröffnung des Treffs «unerwartet rasch» gekommen, gesteht Marc Wehrlin, Präsident des Contact-Stiftungsrats. Gegenwärtig werden an der Münstergasse 12 pro Abend bis zu 200 (Einweg-)Spritzen abgegeben. Wehrlin wehrt sich aber dagegen, das Lokal sei ein «rechtsfreier Raum». Im Gegenteil: Die Anlaufstelle sei heute eine weitherum anerkannte Dienstleistung, «die man nicht einfach vom Tisch wischen kann». Anders als Contact-Leiter Ruedi Signer ist er deshalb auch nicht sonderlich überrascht, dass die Einrichtung nach über einem Jahr noch existiert. Dadurch, dass Drogenabhängige an einem kontrollierten Ort «drücken» könnten, werde ihr Stress sowie die Gefahr von Überdosen verringert und Gewähr für «sauberen» Stoff geboten, begründet der Contact-Stiftungsratspräsident die Notwendigkeit des Süchtigen-Treffs. Und er fährt fort: «Schliesslich können wir doch diese Leute nicht einfach ihrem Elend überlassen!»

Heikles Problem für Polizei

Ein heikles Unterfangen ist das Projekt Münstergasse 12 für die Polizeidirektion und insbesondere für die Stadtpolizei. «Wir haben der Contact-Leitung von Anfang klargemacht, dass an der Münstergasse 12 kein rechtsfreier Raum geduldet werde», betont der Berner Polizeidirektor Marco Albisetti. Solange sich aber dort Süchtige unter medizinischer Obhut (Albisetti: «Und darauf müssen wir bestehen!») Drogen spritzten, sei der Treff eine «legale Einrichtung».

«Unsere Philosophie deckt sich nicht mit jener des Contact», stellt der stellvertretende Kommandant der Stadtpolizei, Armin Amherd, klar. Gesetzlich Aufgabe der Polizei sei es, den Drögelern den Erwerb und Konsum des Stoffs möglichst zu erschweren. Trotzdem haben die Stadtpolizisten den Süchtigen-Treff bis jetzt unbehelligt gelassen und sich auf Personenkontrollen auf der Gasse beschränkt. Armin Amherd: «Wir wissen, dass im Treff gefixt wird. Doch haben wir bisher keinerlei Beweise, dass dort auch mit Drogen gehandelt wird.» Aufgrund von Briefen von Altstadt-Ladenbesitzern und der Leiste bestünden allerdings Anhaltspunkte, dass auf der Gasse vor dem Lokal gedealt werde. «Diesen Hinweisen gehen wir zurzeit nach», versichert der Polizeikommissär.

Selbst wenn sich die Vermutungen als wahr erweisen sollten, könnte die Polizei von sich aus den Süchtigen-Treff nur vorübergehend (während der Ermittlungen im Verlauf eines Strafverfahrens) schliessen, da das Lokal privat ist. Und solche Räume dürfen die Polizeibehörden (wie übrigens auch Wohnungen) nur mit Zustimmung des Mieters oder in Fällen besonderer Dringlichkeit bzw. Gefährlichkeit mit und ohne richterliche Genehmigung betreten.

Klage gegen Contact-Mitarbeiter

Im Gespräch mit dem «Bund» versicherte Armin Amherd, die Polizei habe nichts gegen den Süchtigen-Treff. Im vergangenen Oktober hat sie aber gegen einen damaligen Contact-Leiter und einen Mitarbeiter des Treffs Strafklage eingereicht. Grund: Die beiden hatten an einem Seminar für Drogenfachleute am Gottlieb-Duttweiler-Institut in Rüschlikon bzw. in einem Interview mit Radio DRS 3 erwähnt, dass an der Münstergasse 12 Fixen toleriert werde. Und das erachtet Kommissär Amherd als Verstoss gegen eine Bestimmung im Betäubungsmittelgesetz, wonach sich u. a. strafbar macht, wer eine «öffentliche Gelegenheit zum Erwerb oder Konsum von Betäubungsmitteln bekannt gibt».

«Dieses Verfahren ist ein aufgelegter Blödsinn!» kommentiert dagegen Fürsprecher Marc Wehrlin die Strafklage. Die beiden Contact-Mitarbeiter hätten die umstrittenen Äusserungen lediglich im Zusammenhang mit der Information über das «hohe gesundheitspolitische Ziel» des Treffs, nämlich die Süchtigen zu schützen, gemacht und nicht, um sie zum Fixen zu animieren. Zu einer ähnlichen Beurteilung kamen auch die Berner Untersuchungsrichter, die auf die Anklage nicht eintreten wollten, auf Weisung von Generalprokurator Vinzenz von Steiger aber dennoch eine Befragung der beiden Contact-Mitarbeiter durchführen mussten. Zurzeit liegt die Strafklage wieder beim Generalprokurator.

Den Treff lieber nicht länger in der unteren Altstadt sähe der Präsident der Vereinigten Altstadtleiste und des Münster-/Herrengassleists, Fritz Gyger. «Dieses Lokal gehört nicht in eine verschlafene Altstadtgasse, sondern an einen gut frequentierten Ort», findet er. Namentlich im vergangenen Winter habe es um den Treff herum wieder vermehrt Probleme mit Süchtigen gegeben. Insbesondere das benachbarte Sportgeschäft von Markus Ryffel («Ryffel-Running») habe darunter leiden müssen. Ende Juni haben die Leiste in Briefen an die Hausvermieterin der Münstergasse 12 (die Zunft zu Schuhmachern) und an die Polizei ihre Sorge ausgedrückt, die Drogenszene könnte sich (wie vor der Plattformschliessung) wieder in der Altstadt niederlassen – eine Befürchtung, die sich nach Auskunft von Polizeidirektor Albisetti «bis jetzt nicht bewahrheitet hat».

Im Frühling und Frühsommer haben sich die Betroffenen mehrmals zu Gesprächen getroffen. Dabei haben die Treffnachbarn von der Polizei verstärkte Kontrollen rund um das Contact-Lokal verlangt. Ende Juli hat der Contact-Stiftungsratsausschuss von sich aus beschlossen, das Projekt für einen zweiten, ähnlichen Treff voranzutreiben (vgl. Bericht erste Seite). Auf diese Weise könnten die heute beschränkten Öffnungszeiten des Treffs ausgedehnt werden, begründet Marc Wehrlin die Suche nach einer auch von der Sanitätspolizei und den Leisten erwünschten zweiten Drogensüchtigen-Anlaufstelle. Für die Stiftung gegenwärtig nicht zur Diskussion stehe hingegen die Schliessung des Lokals in der Altstadt.

In Ruhe einen Kaffee trinken: Auch das können Süchtige in der Contact-Anlaufstelle an der Münstergasse 12. (sa)

Die Plattform

adb. Seit dem 5. Mai dieses Jahres ist die Berner Münsterplattform wieder geöffnet – und die Drogenszene anderswo.

«Man kann es schon so sagen: Auf der Plattform gibt es keine Drogenszene mehr.» So sagt es Jürg Tschannen, der das Plattform-Restaurant führt und somit einen guten Überblick über das Geschehen rund ums Berner Münster hat.

Tatsächlich: Zurzeit sieht man auf der «Pläfe» vor allem Touristinnen und Touristen, Kinder, Arbeiter – die im noch für einige Zeit abgesperrten Teil die Stützmauer sanieren – und Altstadtbewohner(innen). Jürg Tschannen: «Die Plattform ist wieder ein Treffpunkt für die Leute aus der Altstadt und der Matte.»

Das war nicht immer so: In den vergangenen Jahren hatte sich ein grosser Teil der Berner Drogenszene im Park niedergelassen, die Polizei sprach gar davon, er sei zu einem «international bekannten Drogenumschlagplatz» geworden. Es kam zu Razzien, die Öffnungszeiten wurden eingeschränkt, Securitas-Wächter beaufsichtigten den Ort – am 16. November 1985 war's soweit: Die Anlage wurde, bis auf einen kleinen Durchgang zum Mattelift, mit Brettern verbarrikadiert. Der Gemeinderat gab zu, die weiträumige Abschrankung werde nicht nur im Zusammenhang mit den Sanierungsarbeiten an den Stützmauern errichtet; man wolle mit dieser Massnahme auch die Drogenszene zersplittern.

«Kein Drogenplatz mehr»

Offensichtlich ist dies gelungen. Auch wenn gestern Drogenutensilien in der Männer-Toilette der Plattform lagen, kann dennoch gesagt werden, dass kaum mehr (insbesondere harte) Drogen konsumiert und noch weniger gehandelt werden. «Die Plattform ist heute kein Drogenplatz mehr», sagt Armin Amherd von der Stadtpolizei.

Dafür beschlagnahmte sie auf der Kleinen Schanze während einer Razzia am 13. August «mehrere hundert Gramm Rauschgift». Und wer mit offenen Augen durch Berns Innenstadt geht, merkt rasch einmal, dass die Drogenszene stadtaufwärts neue Treffpunkte gefunden hat.

«Es wäre widersinnig zu meinen, das Drogenproblem sei jetzt gelöst. Aber es zeigt sich nicht mehr so deutlich in der unteren Altstadt, worüber wir natürlich sehr froh sind. Denn wir haben jahrelang darunter gelitten – wir sind gebrannte Kinder», meint Fritz Gyger, Präsident des Münstergass-/Herrengassleists und zugleich der Vereinigten Altstadtleiste.

«Die Plattform beleben»

Eine leistinterne Arbeitsgruppe arbeitet zurzeit an einem Konzept, wie die Plattform belebt, wie sie «wieder zum Begegnungsort für jung und alt» (Gyger) werden kann. Dabei gehe der Leist bewusst in kleinen Schritten vor, baue die Plattform «süüferli» auf. Im September sollen die Vorschläge – kulturelle Belebung, Kinderspielplätze, Sportgeräte usw. – vorgestellt werden.

Dass man die (seinerzeit heftig umstrittene) Schliessung und Wiedereröffnung für einen Neuanfang zu nutzen versucht, zeigt auch der Berner Altstadtsommer. «Ganz bewusst», so der für das Programm verantwortliche Niklaus Tüller, «lassen wir insgesamt etwa acht Veranstaltungen auf der Münsterplattform stattfinden.»

Die Münstergasse 12: Eine andere Welt

Von unserem Mitarbeiter
Kurt Hediger

Es ist ein lauer Sommerabend, an dem ich mich auf den Weg an die Münstergasse 12 mache. In das eher düstere Lokal einzutreten, kostet mich einige Überwindung. Ehrlich gesagt, würde ich jetzt viel lieber irgendwo im Freien sitzen und ein Bier trinken. Zusammen mit Contact-Leiter Ruedi Signer fällt mir der belastende Schritt jedoch leichter.

★

Wer als Aussenstehender die Räume des ehemaligen «Wärchlädelis» betritt, spürt sofort: Hier ist eine andere Welt, hier gelten andere Gesetze. Von den regelmässigen Treffbesuchern werde ich sogleich als Fremder, als Eindringling erkannt und entsprechend behandelt. «Hesch mer es Füfzgi für es Coca?» fragt mich eine junge Frau an der Bar, noch bevor ich mich im Raum überhaupt richtig umsehen kann. Natürlich erfülle ich der Drögelerin den Wunsch.

★

An diesem Abend hat es vorerst nur wenig Leute in der Anlaufstelle. Vielleicht zwei, drei Süchtige sitzen – mit scheinbar leerem Gesichtsausdruck und momentan kaum ansprechbar – an einem der kleinen Tischchen; ein junger Mann diskutiert mit der Contact-Mitarbeiterin hinter der Bartheke. In einem kleinen Raum nebenan setzen sich etwa drei Fixer ohne Stress einen «Schuss» – mit einer der Spritzen, die zusammen mit Kondomen in einem Behälter gleich neben der Eingangstür zur freien Verfügung stehen.

★

Plötzlich fällt mir das ständige Kommen und Gehen im Treff auf. Nur selten wirft jemand einen Blick auf die bücherähnlichen Informationstafeln an der Wand, auf denen nützliche Adressen für Süchtige aufgelistet sind; auch das Telefon in der Ecke bleibt unbenutzt. Trotz der gewissen Hektik kommen mir die Süchtigen hier drinnen deutlich weniger gehetzt vor als auf der Gasse.

★

Gegen 19 Uhr füllt sich der Treff langsam, denn an diesem Abend ist eine der monatlichen Benützerversammlungen, an denen sich die Süchtigen zusammen mit den Contact-Betreuerinnen und -Betreuern über ihre Probleme aussprechen können. Da möchten sie lieber unter sich sein, hat mir Ruedi Signer schon vor unserem Besuch gesagt. Ich respektiere diesen Wunsch und verlasse das Lokal wieder. Zurück bleibt eine Betroffenheit über das Gesehene, ja sogar eine gewisse Hilflosigkeit gegenüber einem gesellschaftlichen Problem, mit dem wir leben müssen – ob wir wollen oder nicht.

★

Ich bin froh, dass ich mich darüber nachher bei einem Bier mit Ruedi Signer aussprechen kann.

Fehlende Brücken zwischen Polizei und Betreuerorganisationen

Drogenarbeit koordinieren

khb. Polizei und Betreuungsdienste: Sie beide sind im Drogensektor tätig, aber auf verschiedenen und heute kaum auf einen Nenner zu bringenden Ebenen.

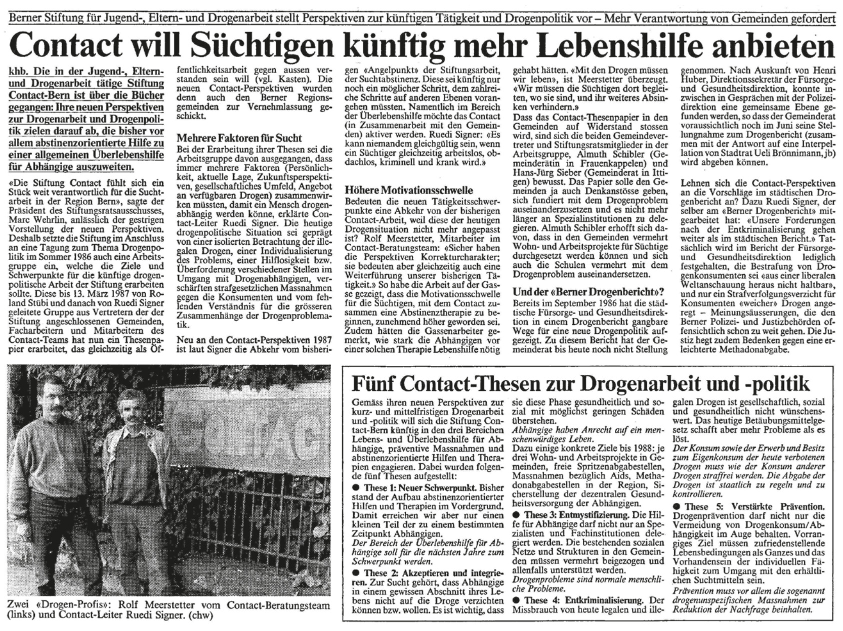
Wie schwierig es wegen der unterschiedlichen Zielsetzungen ist, zwischen der polizeilichen Drogenbekämpfung und der Drogenarbeit der Betreuungsdienste Brücken zu schlagen, zeigte eine Podiumsdiskussion des Jungen Bern im Käfigturm (vgl. Bericht erste Seite). An dem von Toni Koller (Radio DRS) geleiteten Gespräch nahmen Christoph Hoffmann (Kommandant der Berner Stadtpolizei), Kurt Messerli (Chef des Betäubungsmitteldiensts der Stadtpolizei), Ruedi Signer (Leiter des Contact-Bern) und Martin Rufer (Mitglied des Leitungsteams der Therapiegemeinschaft «Zum Schlüssel», Detligen) teil.

Kommandant Hoffmann betonte, die Polizei betreibe keine Drogenpolitik, sondern vollziehe bei ihrer Drogenbekämpfung schlicht das Gesetz. Dabei könne sie – ebensowenig wie in anderen Bereichen – «rechtsfreie Räume» tolerieren. Erschwert werde die Polizeiarbeit durch die vor allem in den letzten zwei bis drei Jahren «verheerende» Zunahme der auf dem Markt erhältlichen Drogen, sagte Drogenfahnder Messerli.

Contact-Leiter Signer bedauerte, dass die Polizei sich bildende Drogenumschlagplätze immer wieder zerstreue und dadurch die Arbeit der Betreuungsdienste erschwere. Von den Behörden forderte er mehr Freiräume für die in der Drogenarbeit tätigen Institutionen. Beide Seiten, Polizeivertreter und Drogenbetreuer, wünschten sich eine besser koordinierte Drogenpolitik. Zentrale Voraussetzung für Veränderungen in diesem Bereich sei allerdings eine allgemeine Betroffenheit über das Drogenproblem, meinte Diplompsychologe Rufer.

Der Bund, August 1987:

«Wo Süchtige ohne Stress sich selbst sein dürfen»



Berner Stiftung für Jugend-, Eltern- und Drogenarbeit stellt Perspektiven zur künftigen Tätigkeit und Drogenpolitik vor – Mehr Verantwortung von Gemeinden gefordert

Contact will Süchtigen künftig mehr Lebenshilfe anbieten

khb. Die in der Jugend-, Eltern- und Drogenarbeit tätige Stiftung Contact-Bern ist über die Bücher gegangen: Ihre neuen Perspektiven zur Drogenarbeit und Drogenpolitik zielen darauf ab, die bisher vor allem abstinenzorientierte Hilfe zu einer allgemeinen Überlebenshilfe für Abhängige auszuweiten.

«Die Stiftung Contact fühlt sich ein Stück weit verantwortlich für die Suchtarbeit in der Region Bern», sagte der Präsident des Stiftungsratsausschusses, Marc Wehrlin, anlässlich der gestrigen Vorstellung der neuen Perspektiven. Deshalb setzte die Stiftung im Anschluss an eine Tagung zum Thema Drogenpolitik im Sommer 1986 auch eine Arbeitsgruppe ein, welche die Ziele und Schwerpunkte für die künftige drogenpolitische Arbeit der Stiftung erarbeiten sollte. Dies bis 13. März 1987 von Roland Stübi und danach von Ruedi Signer geleitete Gruppe aus Vertretern der der Stiftung angeschlossenen Gemeinden, Facharbeitern und Mitarbeitern des Contact-Teams hat nun ein Thesenpapier erarbeitet, das gleichzeitig als Öffentlichkeitsarbeit gegen aussen verstanden sein will (vgl. Kasten). Die neuen Contact-Perspektiven wurden denn auch den Berner Regionsgemeinden zur Vernehmlassung geschickt.

Mehrere Faktoren für Sucht

Bei der Erarbeitung ihrer Thesen sei die Arbeitsgruppe davon ausgegangen, dass immer mehrere Faktoren (Persönlichkeit, aktuelle Lage, Zukunftsperspektiven, gesellschaftliches Umfeld, Angebot an verfügbaren Drogen) zusammenwirken müssten, damit ein Mensch drogenabhängig werden könne, erklärte Contact-Leiter Ruedi Signer. Die heutige drogenpolitische Situation sei geprägt von einer isolierten Betrachtung der illegalen Drogen, einer Individualisierung des Problems, einer Hilflosigkeit bzw. Überforderung verschiedener Stellen im Umgang mit Drogenabhängigen, verschärften strafgesetzlichen Massnahmen gegen die Konsumenten und vom fehlenden Verständnis für die grösseren Zusammenhänge der Drogenproblematik.

Neu an den Contact-Perspektiven 1987 ist laut Signer die Abkehr vom bisherigen «Angelpunkt» der Stiftungsarbeit, der Suchtabstinenz. Diese sei künftig nur noch ein möglicher Schritt, dem zahlreiche Schritte auf anderen Ebenen vorangehen müssten. Namentlich im Bereich der Überlebenshilfe möchte das Contact (in Zusammenarbeit mit den Gemeinden) aktiver werden. Ruedi Signer: «Es kann niemandem gleichgültig sein, wenn ein Süchtiger gleichzeitig arbeitslos, obdachlos, kriminell und krank wird.»

Höhere Motivationsschwelle

Bedeuten die neuen Tätigkeitsschwerpunkte eine Abkehr von der bisherigen Contact-Arbeit, weil diese der heutigen Drogensituation nicht mehr angepasst ist? Rolf Meerstetter, Mitarbeiter im Contact-Beratungsteam: «Sicher haben die Perspektiven Korrekturcharakter; sie bedeuten aber gleichzeitig auch eine Weiterführung unserer bisherigen Tätigkeit.» So habe die Arbeit auf der Gasse gezeigt, dass die Motivationsschwelle für die Süchtigen, mit dem Contact zusammen eine Abstinenztherapie zu beginnen, zunehmend höher geworden sei. Zudem hätten die Gassenarbeiter gemerkt, wie stark die Abhängigen vor einer solchen Therapie Lebenshilfe nötig gehabt hätten. «Mit den Drogen müssen wir leben», ist Meerstetter überzeugt. «Wir müssen die Süchtigen dort begleiten, wo sie sind, und ihr weiteres Absinken verhindern.»

Dass das Contact-Thesenpapier in den Gemeinden auf Widerstand stossen wird, sind sich die beiden Gemeindevertreter und Stiftungsratsmitglieder in der Arbeitsgruppe, Almuth Schibler (Gemeinderätin in Frauenkappelen) und Hans-Jürg Sieber (Gemeinderat in Ittigen) bewusst. Das Papier solle den Gemeinden ja auch Denkanstösse geben, sich fundiert mit dem Drogenproblem auseinanderzusetzen und es nicht mehr länger an Spezialinstitutionen zu delegieren. Almuth Schibler erhofft sich davon, dass in den Gemeinden vermehrt Wohn- und Arbeitsprojekte für Süchtige durchgesetzt werden können und sich auch die Schulen vermehrt mit dem Drogenproblem auseinandersetzen.

Und der «Berner Drogenbericht»?

Bereits im September 1986 hat die städtische Fürsorge- und Gesundheitsdirektion in einem Drogenbericht gangbare Wege für eine neue Drogenpolitik aufgezeigt. Zu diesem Bericht hat der Gemeinderat bis heute noch nicht Stellung genommen. Nach Auskunft von Henri Huber, Direktionssekretär der Fürsorge- und Gesundheitsdirektion, konnte inzwischen in Gesprächen mit der Polizeidirektion eine gemeinsame Ebene gefunden werden, so dass der Gemeinderat voraussichtlich noch im Juni seine Stellungnahme zum Drogenbericht (zusammen mit der Antwort auf eine Interpellation von Stadtrat Ueli Brönnimann, jb) wird abgeben können.

Lehnen sich die Contact-Perspektiven an die Vorschläge im städtischen Drogenbericht an? Dazu Ruedi Signer, der selber am «Berner Drogenbericht» mitgearbeitet hat: «Unsere Forderungen nach der Entkriminalisierung gehen weiter als im städtischen Bericht.» Tatsächlich wird im Bericht der Fürsorge- und Gesundheitsdirektion lediglich festgehalten, die Bestrafung von Drogenkonsumenten sei «aus einer liberalen Weltanschauung heraus nicht haltbar», und nur ein Strafverfolgungsverzicht für Konsumenten «weicher» Drogen angeregt – Meinungsäusserungen, die den Berner Polizei- und Justizbehörden offensichtlich schon zu weit gehen. Die Justiz hegt zudem Bedenken gegen eine erleichterte Methadonabgabe.

Zwei «Drogen-Profis»: Rolf Meerstetter vom Contact-Beratungsteam (links) und Contact-Leiter Ruedi Signer. (chw)

Fünf Contact-Thesen zur Drogenarbeit und -politik

Gemäss ihren neuen Perspektiven zur kurz- und mittelfristigen Drogenarbeit und -politik will sich die Stiftung Contact-Bern künftig in den drei Bereichen Lebens- und Überlebenshilfe für Abhängige, präventive Massnahmen und abstinenzorientierte Hilfen und Therapien engagieren. Dabei wurden folgende fünf Thesen aufgestellt:

● **These 1: Neuer Schwerpunkt.** Bisher stand der Aufbau abstinenzorientierter Hilfen und Therapien im Vordergrund. Damit erreichen wir aber nur einen kleinen Teil der zu einem bestimmten Zeitpunkt Abhängigen. *Der Bereich der Überlebenshilfe für Abhängige soll für die nächsten Jahre zum Schwerpunkt werden.*

● **These 2: Akzeptieren und integrieren.** Zur Sucht gehört, dass Abhängige in einem gewissen Abschnitt ihres Lebens nicht auf die Droge verzichten können bzw. wollen. Es ist wichtig, dass sie diese Phase gesundheitlich und sozial mit möglichst geringen Schäden überstehen. *Abhängige haben Anrecht auf ein menschenwürdiges Leben.*

Dazu einige konkrete Ziele bis 1988: je drei Wohn- und Arbeitsprojekte in Gemeinden, freie Spritzenabgabestellen, Massnahmen bezüglich Aids, Methadonabgabestellen in der Region, Sicherstellung der dezentralen Gesundheitsversorgung der Abhängigen.

● **These 3: Entmystifizierung.** Die Hilfe für Abhängige darf nicht nur an Spezialisten und Fachinstitutionen delegiert werden. Die bestehenden sozialen Netze und Strukturen in den Gemeinden müssen vermehrt beigezogen und allenfalls unterstützt werden. *Drogenprobleme sind normale menschliche Probleme.*

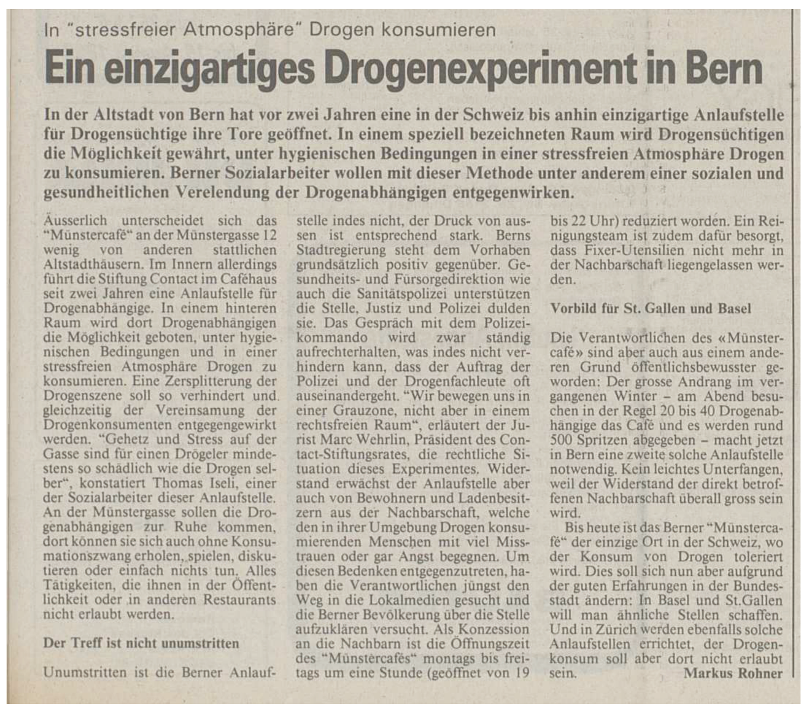
● **These 4: Entkriminalisierung.** Der Missbrauch von heute legalen und illegalen Drogen ist gesellschaftlich, sozial und gesundheitlich nicht wünschenswert. Das heutige Betäubungsmittelgesetz schafft aber mehr Probleme als es löst. *Der Konsum sowie der Erwerb und Besitz zum Eigenkonsum der heute verbotenen Drogen muss wie der Konsum anderer Drogen straffrei werden. Die Abgabe der Drogen ist staatlich zu regeln und zu kontrollieren.*

● **These 5: Verstärkte Prävention.** Drogenprävention darf nicht nur die Vermeidung von Drogenkonsum/Abhängigkeit im Auge behalten. Vorrangiges Ziel müssen zufriedenstellende Lebensbedingungen als Ganzes und das Vorhandensein der individuellen Fähigkeit zum Umgang mit den erhältlichen Suchtmitteln sein. *Prävention muss vor allem die sogenannt drogenunspezifischen Massnahmen zur Reduktion der Nachfrage beinhalten.*

Der Bund, Juni 1987:

«Contact will Süchtigen künftig mehr Lebenshilfe anbieten»

Die neue Form der Überlebenshilfe sorgt schweizweit für Diskussionen:



In "stressfreier Atmosphäre" Drogen konsumieren

Ein einzigartiges Drogenexperiment in Bern

In der Altstadt von Bern hat vor zwei Jahren eine in der Schweiz bis anhin einzigartige Anlaufstelle für Drogensüchtige ihre Tore geöffnet. In einem speziell bezeichneten Raum wird Drogensüchtigen die Möglichkeit gewährt, unter hygienischen Bedingungen in einer stressfreien Atmosphäre Drogen zu konsumieren. Berner Sozialarbeiter wollen mit dieser Methode unter anderem einer sozialen und gesundheitlichen Verelendung der Drogenabhängigen entgegenwirken.

Äusserlich unterscheidet sich das "Münstercafé" an der Münstergasse 12 wenig von anderen stattlichen Altstadthäusern. Im Innern allerdings führt die Stiftung Contact im Cafehaus seit zwei Jahren eine Anlaufstelle für Drogenabhängige. In einem hinteren Raum wird dort Drogenabhängigen die Möglichkeit geboten, unter hygienischen Bedingungen und in einer stressfreien Atmosphäre Drogen zu konsumieren. Eine Zersplitterung der Drogenszene soll so verhindert und gleichzeitig der Vereinsamung der Drogenkonsumenten entgegengewirkt werden. "Gehetz und Stress auf der Gasse sind für einen Drögeler mindestens so schädlich wie die Drogen selber", konstatiert Thomas Iseli, einer der Sozialarbeiter dieser Anlaufstelle. An der Münstergasse sollen die Drogenabhängigen zur Ruhe kommen, dort können sie sich auch ohne Konsumationszwang erholen, spielen, diskutieren oder einfach nichts tun. Alles Tätigkeiten, die ihnen in der Öffentlichkeit oder in anderen Restaurants nicht erlaubt werden.

Der Treff ist nicht unumstritten

Unumstritten ist die Berner Anlaufstelle indes nicht, der Druck von aussen ist entsprechend stark. Berns Stadtregierung steht dem Vorhaben grundsätzlich positiv gegenüber. Gesundheits- und Fürsorgedirektion wie auch die Sanitätspolizei unterstützen die Stelle, Justiz und Polizei dulden sie. Das Gespräch mit dem Polizeikommando wird zwar ständig aufrechterhalten, was indes nicht verhindern kann, dass der Auftrag der Polizei und der Drogenfachleute oft auseinandergeht. "Wir bewegen uns in einer Grauzone, nicht aber in einem rechtsfreien Raum", erläutert der Jurist Marc Wehrlin, Präsident des Contact-Stiftungsrates, die rechtliche Situation dieses Experimentes. Widerstand erwächst der Anlaufstelle aber auch von Bewohnern und Ladenbesitzern aus der Nachbarschaft, welche den in ihrer Umgebung Drogen konsumierenden Menschen mit viel Misstrauen oder gar Angst begegnen. Um diesen Bedenken entgegenzutreten, haben die Verantwortlichen jüngst den Weg in die Lokalmedien gesucht und die Berner Bevölkerung über die Stelle aufzuklären versucht. Als Konzession an die Nachbarn ist die Öffnungszeit des "Münstercafés" montags bis freitags um eine Stunde (geöffnet von 19 bis 22 Uhr) reduziert worden. Ein Reinigungsteam ist zudem dafür besorgt, dass Fixer-Utensilien nicht mehr in der Nachbarschaft liegengelassen werden.

Vorbild für St. Gallen und Basel

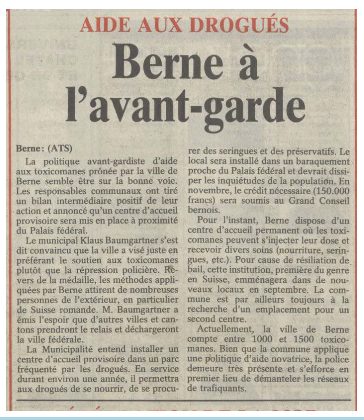
Die Verantwortlichen des «Münstercafé» sind aber auch aus einem anderen Grund öffentlichsbewusster geworden: Der grosse Andrang im vergangenen Winter – am Abend besuchen in der Regel 20 bis 40 Drogenabhängige das Café und es werden rund 500 Spritzen abgegeben – macht jetzt in Bern eine zweite solche Anlaufstelle notwendig. Kein leichtes Unterfangen, weil der Widerstand der direkt betroffenen Nachbarschaft überall gross sein wird.

Bis heute ist das Berner "Münstercafé" der einzige Ort in der Schweiz, wo der Konsum von Drogen toleriert wird. Dies soll sich nun aber aufgrund der guten Erfahrungen in der Bundesstadt ändern: In Basel und St.Gallen will man ähnliche Stellen schaffen. Und in Zürich werden ebenfalls solche Anlaufstellen errichtet, der Drogenkonsum soll aber dort nicht erlaubt sein.

Markus Rohner

Freiburger Zeitung, Juli 1988:

«Ein einzigartiges Drogenxeperiment in Bern»



AIDE AUX DROGUÉS

Berne à l'avant-garde

Berne: (ATS)

La politique avant-gardiste d'aide aux toxicomanes prônée par la ville de Berne semble être sur la bonne voie. Les responsables communaux ont tiré un bilan intermédiaire positif de leur action et annoncé qu'un centre d'accueil provisoire sera mis en place à proximité du Palais fédéral.

Le municipal Klaus Baumgartner s'est dit convaincu que la ville a visé juste en préférant le soutien aux toxicomanes plutôt que la répression policière. Revers de la médaille, les méthodes appliquées par Berne attirent de nombreuses personnes de l'extérieur, en particulier de Suisse romande. M. Baumgartner a émis l'espoir que d'autres villes et cantons prendront le relais et déchargeront la ville fédérale.

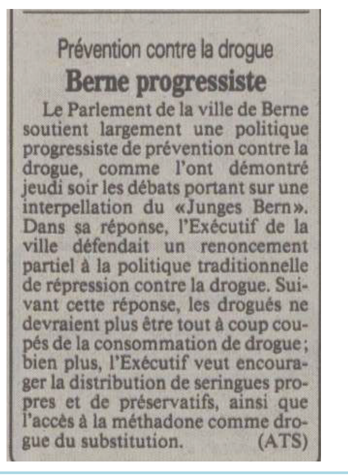
La Municipalité entend installer un centre d'accueil provisoire dans un parc fréquenté par les drogués. En service durant environ une année, il permettra aux drogués de se nourrir, de se procurer des seringues et des préservatifs. Le local sera installé dans un baraquement proche du Palais fédéral et devrait dissiper les inquiétudes de la population. En novembre, le crédit nécessaire (150.000 francs) sera soumis au Grand Conseil bernois.

Pour l'instant, Berne dispose d'un centre d'accueil permanent où les toxicomanes peuvent s'injecter leur dose et recevoir divers soins (nourriture, seringues, etc.). Pour cause de résiliation de bail, cette institution, première du genre en Suisse, emménagera dans de nouveaux locaux en septembre. La commune est par ailleurs toujours à la recherche d'un emplacement pour un second centre.

Actuellement, la ville de Berne compte entre 1000 et 1500 toxicomanes. Bien que la commune applique une politique d'aide novatrice, la police demeure très présente et s'efforce en premier lieu de démanteler les réseaux de trafiquants.

Tribune de Genève, Juli 1988:

«Berne à l'avant-garde»



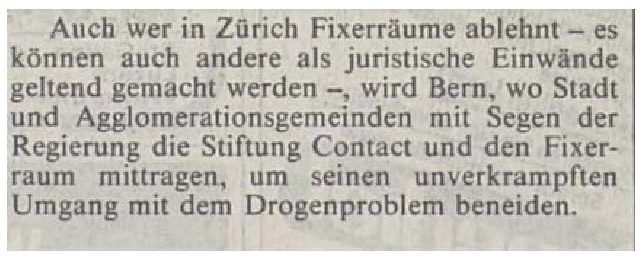
Prévention contre la drogue

Berne progressiste

Le Parlement de la ville de Berne soutient largement une politique progressiste de prévention contre la drogue, comme l'ont démontré jeudi soir les débats portant sur une interpellation du «Junges Bern». Dans sa réponse, l'Exécutif de la ville défendait un renoncement partiel à la politique traditionnelle de répression contre la drogue. Suivant cette réponse, les drogués ne devraient plus être tout à coup coupés de la consommation de drogue; bien plus, l'Exécutif veut encourager la distribution de seringues propres et de préservatifs, ainsi que l'accès à la méthadone comme drogue du substitution. (ATS)

Le Courrier, März 1988:

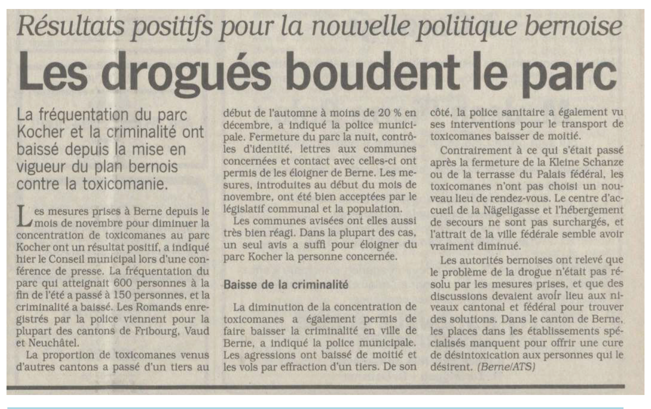
«Berne progressiste»



Auch wer in Zürich Fixerräume ablehnt – es können auch andere als juristische Einwände geltend gemacht werden –, wird Bern, wo Stadt und Agglomerationsgemeinden mit Segen der Regierung die Stiftung Contact und den Fixerraum mittragen, um seinen unverkrampften Umgang mit dem Drogenproblem beneiden.

Neue Zürcher Zeitung, Januar 1989:

«Unverkrampfter Berner Umgang mit dem Drogenproblem»



Résultats positifs pour la nouvelle politique bernoise

Les drogués boudent le parc

La fréquentation du parc Kocher et la criminalité ont baissé depuis la mise en vigueur du plan bernois contre la toxicomanie.

Les mesures prises à Berne depuis le mois de novembre pour diminuer la concentration de toxicomanes au parc Kocher ont un résultat positif, a indiqué hier le Conseil municipal lors d'une conférence de presse. La fréquentation du parc qui atteignait 600 personnes à la fin de l'été a passé à 150 personnes, et la criminalité a baissé. Les Romands enregistrés par la police viennent pour la plupart des cantons de Fribourg, Vaud et Neuchâtel.

La proportion de toxicomanes venus d'autres cantons a passé d'un tiers au début de l'automne à moins de 20 % en décembre, a indiqué la police municipale. Fermeture du parc la nuit, contrôles d'identité, lettres aux communes concernées et contact avec celles-ci ont permis de les éloigner de Berne. Les mesures, introduites au début du mois de novembre, ont été bien acceptées par le législatif communal et la population.

Les communes avisées ont elles aussi très bien réagi. Dans la plupart des cas, un seul avis a suffi pour éloigner du parc Kocher la personne concernée.

Baisse de la criminalité

La diminution de la concentration de toxicomanes a également permis de faire baisser la criminalité en ville de Berne, a indiqué la police municipale. Les agressions ont baissé de moitié et les vols par effraction d'un tiers. De son côté, la police sanitaire a également vu ses interventions pour le transport de toxicomanes baisser de moitié.

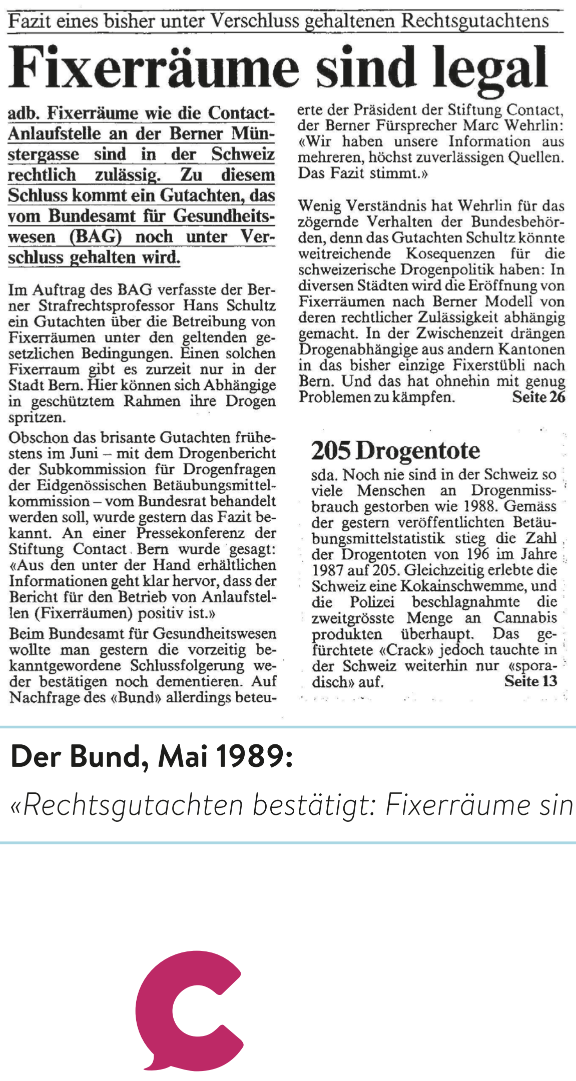
Contrairement à ce qui s'était passé après la fermeture de la Kleine Schanze ou de la terrasse du Palais fédéral, les toxicomanes n'ont pas choisi un nouveau lieu de rendez-vous. Le centre d'accueil de la Nägeligasse et l'hébergement de secours ne sont pas surchargés, et l'attrait de la ville fédérale semble avoir vraiment diminué.

Les autorités bernoises ont relevé que le problème de la drogue n'était pas résolu par les mesures prises, et que des discussions devaient avoir lieu aux niveaux cantonal et fédéral pour trouver des solutions. Dans le canton de Berne, les places dans les établissements spécialisés manquent pour offrir une cure de désintoxication aux personnes qui le désirent. *(Berne/ATS)*

Tribune de Genève, Juli 1989:

«Résultats positifs pour la nouvelle politique bernoise»

1989 bestätigt das Schultz-Gutachten die Rechtmässigkeit von Drogenkonsumräumen.
Aus dem Berner Modell entsteht die heutige Schadensminderung:



Fazit eines bisher unter Verschluss gehaltenen Rechtsgutachtens

Fixerräume sind legal

adb. Fixerräume wie die Contact-Anlaufstelle an der Berner Münstergasse sind in der Schweiz rechtlich zulässig. Zu diesem Schluss kommt ein Gutachten, das vom Bundesamt für Gesundheitswesen (BAG) noch unter Verschluss gehalten wird.

Im Auftrag des BAG verfasste der Berner Strafrechtsprofessor Hans Schultz ein Gutachten über die Betreibung von Fixerräumen unter den geltenden gesetzlichen Bedingungen. Einen solchen Fixerraum gibt es zurzeit nur in der Stadt Bern. Hier können sich Abhängige in geschütztem Rahmen ihre Drogen spritzen.

Obschon das brisante Gutachten frühestens im Juni – mit dem Drogenbericht der Subkommission für Drogenfragen der Eidgenössischen Betäubungsmittelkommission – vom Bundesrat behandelt werden soll, wurde gestern das Fazit bekannt. An einer Pressekonferenz der Stiftung Contact Bern wurde gesagt: «Aus den unter der Hand erhältlichen Informationen geht klar hervor, dass der Bericht für den Betrieb von Anlaufstellen (Fixerräumen) positiv ist.»

Beim Bundesamt für Gesundheitswesen wollte man gestern die vorzeitig bekanntgewordene Schlussfolgerung weder bestätigen noch dementieren. Auf Nachfrage des «Bund» allerdings beteuerte der Präsident der Stiftung Contact, der Berner Fürsprecher Marc Wehrlin: «Wir haben unsere Information aus mehreren, höchst zuverlässigen Quellen. Das Fazit stimmt.»

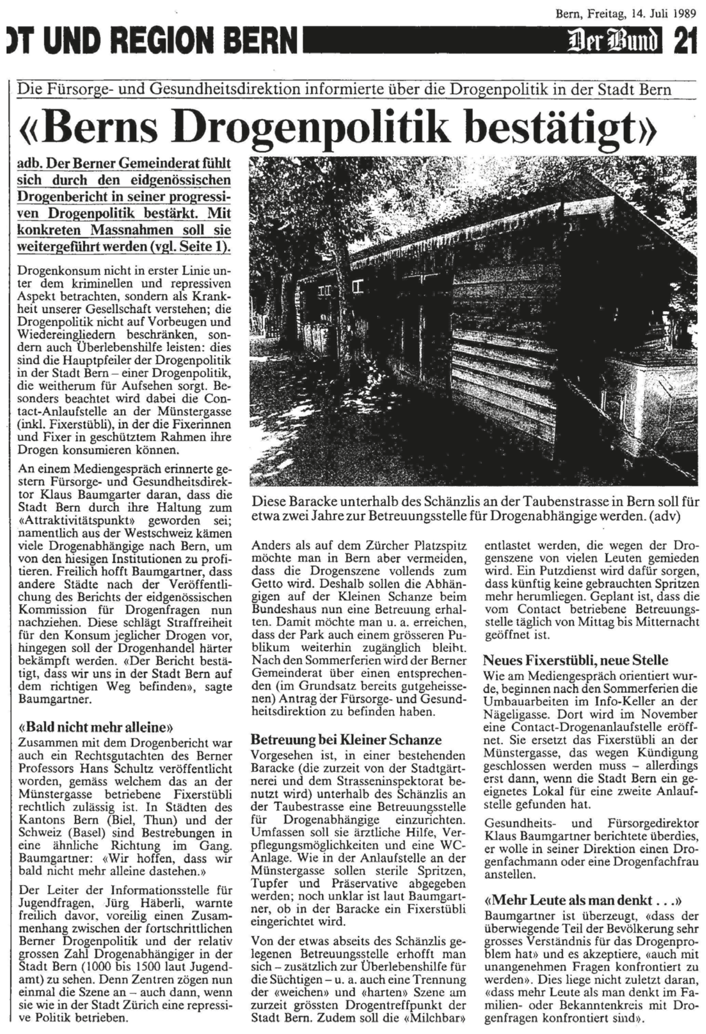
Wenig Verständnis hat Wehrlin für das zögernde Verhalten der Bundesbehörden, denn das Gutachten Schultz könnte weitreichende Kosequenzen für die schweizerische Drogenpolitik haben: In diversen Städten wird die Eröffnung von Fixerräumen nach Berner Modell von deren rechtlicher Zulässigkeit abhängig gemacht. In der Zwischenzeit drängen Drogenabhängige aus andern Kantonen in das bisher einzige Fixerstübli nach Bern. Und das hat ohnehin mit genug Problemen zu kämpfen. **Seite 26**

205 Drogentote

sda. Noch nie sind in der Schweiz so viele Menschen an Drogenmissbrauch gestorben wie 1988. Gemäss der gestern veröffentlichten Betäubungsmittelstatistik stieg die Zahl der Drogentoten von 196 im Jahre 1987 auf 205. Gleichzeitig erlebte die Schweiz eine Kokainschwemme, und die Polizei beschlagnahmte die zweitgrösste Menge an Cannabisprodukten überhaupt. Das gefürchtete «Crack» jedoch tauchte in der Schweiz weiterhin nur «sporadisch» auf. **Seite 13**

Der Bund, Mai 1989:

«Rechtsgutachten bestätigt: Fixerräume sind legal»



DT UND REGION BERN

Bern, Freitag, 14. Juli 1989

Der Bund 21

Die Fürsorge- und Gesundheitsdirektion informierte über die Drogenpolitik in der Stadt Bern

«Berns Drogenpolitik bestätigt»

adb. Der Berner Gemeinderat fühlt sich durch den eidgenössischen Drogenbericht in seiner progressiven Drogenpolitik bestärkt. Mit konkreten Massnahmen soll sie weitergeführt werden (vgl. Seite 1).

Drogenkonsum nicht in erster Linie unter dem kriminellen und repressiven Aspekt betrachten, sondern als Krankheit unserer Gesellschaft verstehen; die Drogenpolitik nicht auf Vorbeugen und Wiedereingliedern beschränken, sondern auch Überlebenshilfe leisten: dies sind die Hauptpfeiler der Drogenpolitik in der Stadt Bern – einer Drogenpolitik, die weitherum für Aufsehen sorgt. Besonders beachtet wird dabei die Contact-Anlaufstelle an der Münstergasse (inkl. Fixerstübli), in der die Fixerinnen und Fixer in geschütztem Rahmen ihre Drogen konsumieren können.

An einem Mediengespräch erinnerte gestern Fürsorge- und Gesundheitsdirektor Klaus Baumgarter daran, dass die Stadt Bern durch ihre Haltung zum «Attraktivitätspunkt» geworden sei; namentlich aus der Westschweiz kämen viele Drogenabhängige nach Bern, um von den hiesigen Institutionen zu profitieren. Freilich hofft Baumgartner, dass andere Städte nach der Veröffentlichung des Berichts der eidgenössischen Kommission für Drogenfragen nun nachziehen. Diese schlägt Straffreiheit für den Konsum jeglicher Drogen vor, hingegen soll der Drogenhandel härter bekämpft werden. «Der Bericht bestätigt, dass wir uns in der Stadt Bern auf dem richtigen Weg befinden», sagte Baumgartner.

«Bald nicht mehr alleine»

Zusammen mit dem Drogenbericht war auch ein Rechtsgutachten des Berner Professors Hans Schultz veröffentlicht worden, gemäss welchem das an der Münstergasse betriebene Fixerstübli rechtlich zulässig ist. In Städten des Kantons Bern (Biel, Thun) und der Schweiz (Basel) sind Bestrebungen in eine ähnliche Richtung im Gang. Baumgartner: «Wir hoffen, dass wir bald nicht mehr alleine dastehen.»

Der Leiter der Informationsstelle für Jugendfragen, Jürg Häberli, warnte freilich davor, voreilig einen Zusammenhang zwischen der fortschrittlichen Berner Drogenpolitik und der relativ grossen Zahl Drogenabhängiger in der Stadt Bern (1000 bis 1500 laut Jugendamt) zu sehen. Denn Zentren zögen nun einmal die Szene an – auch dann, wenn sie wie in der Stadt Zürich eine repressive Politik betrieben.

Diese Baracke unterhalb des Schänzlis an der Taubenstrasse in Bern soll für etwa zwei Jahre zur Betreuungsstelle für Drogenabhängige werden. (adv)

Anders als auf dem Zürcher Platzspitz möchte man in Bern aber vermeiden, dass die Drogenszene vollends zum Getto wird. Deshalb sollen die Abhängigen auf der Kleinen Schanze beim Bundeshaus nun eine Betreuung erhalten. Damit möchte man u. a. erreichen, dass der Park auch einem grösseren Publikum weiterhin zugänglich bleibt. Nach den Sommerferien wird der Berner Gemeinderat über einen entsprechenden (im Grundsatz bereits gutgeheissenen) Antrag der Fürsorge- und Gesundheitsdirektion zu befinden haben.

Betreuung bei Kleiner Schanze

Vorgesehen ist, in einer bestehenden Baracke (die zurzeit von der Stadtgärtnerei und dem Strasseninspektorat benutzt wird) unterhalb des Schänzlis an der Taubestrasse eine Betreuungsstelle für Drogenabhängige einzurichten. Umfassen soll sie ärztliche Hilfe, Verpflegungsmöglichkeiten und eine WC-Anlage. Wie in der Anlaufstelle an der Münstergasse sollen sterile Spritzen, Tupfer und Präservative abgegeben werden; noch unklar ist laut Baumgartner, ob in der Baracke ein Fixerstübli eingerichtet wird.

Von der etwas abseits des Schänzlis gelegenen Betreuungsstelle erhofft man sich – zusätzlich zur Überlebenshilfe für die Süchtigen – u. a. auch eine Trennung der «weichen» und «harten» Szene am zurzeit grössten Drogentreffpunkt der Stadt Bern. Zudem soll die «Milchbar» entlastet werden, die wegen der Drogenszene von vielen Leuten gemieden wird. Ein Putzdienst wird dafür sorgen, dass künftig keine gebrauchten Spritzen mehr herumliegen. Geplant ist, dass die vom Contact betriebene Betreuungsstelle täglich von Mittag bis Mitternacht geöffnet ist.

Neues Fixerstübli, neue Stelle

Wie am Mediengespräch orientiert wurde, beginnen nach den Sommerferien die Umbauarbeiten im Info-Keller an der Nägeligasse. Dort wird im November eine Contact-Drogenanlaufstelle eröffnet. Sie ersetzt das Fixerstübli an der Münstergasse, das wegen Kündigung geschlossen werden muss – allerdings erst dann, wenn die Stadt Bern ein geeignetes Lokal für eine zweite Anlaufstelle gefunden hat.

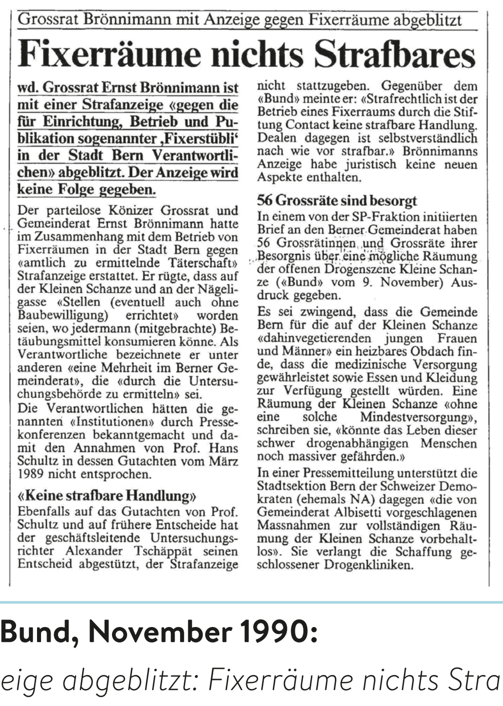
Gesundheits- und Fürsorgedirektor Klaus Baumgartner berichtete überdies, er wolle in seiner Direktion einen Drogenfachmann oder eine Drogenfachfrau anstellen.

«Mehr Leute als man denkt . . .»

Baumgartner ist überzeugt, «dass der überwiegende Teil der Bevölkerung sehr grosses Verständnis für das Drogenproblem hat» und es akzeptiere, «auch mit unangenehmen Fragen konfrontiert zu werden». Dies liege nicht zuletzt daran, «dass mehr Leute als man denkt im Familien- oder Bekanntenkreis mit Drogenfragen konfrontiert sind».

Der Bund, Juli 1989:

«Berns Drogenpolitik bestätigt»



Grossrat Brönnimann mit Anzeige gegen Fixerräume abgeblitzt

Fixerräume nichts Strafbares

wd. Grossrat Ernst Brönnimann ist mit einer Strafanzeige «gegen die für Einrichtung, Betrieb und Publikation sogenannter ‚Fixerstübli' in der Stadt Bern Verantwortlichen» abgeblitzt. Der Anzeige wird keine Folge gegeben.

Der parteilose Könizer Grossrat und Gemeinderat Ernst Brönnimann hatte im Zusammenhang mit dem Betrieb von Fixerräumen in der Stadt Bern gegen «amtlich zu ermittelnde Täterschaft» Strafanzeige erstattet. Er rügte, dass auf der Kleinen Schanze und an der Nägeligasse «Stellen (eventuell auch ohne Baubewilligung) errichtet» worden seien, wo jedermann (mitgebrachte) Betäubungsmittel konsumieren könne. Als Verantwortliche bezeichnete er unter anderen «eine Mehrheit im Berner Gemeinderat», die «durch die Untersuchungsbehörde zu ermitteln» sei.

Die Verantwortlichen hätten die genannten «Institutionen» durch Pressekonferenzen bekanntgemacht und damit den Annahmen von Prof. Hans Schultz in dessen Gutachten vom März 1989 nicht entsprochen.

«Keine strafbare Handlung»

Ebenfalls auf das Gutachten von Prof. Schultz und auf frühere Entscheide hat der geschäftsleitende Untersuchungsrichter Alexander Tschäppät seinen Entscheid abgestützt, der Strafanzeige nicht stattzugeben. Gegenüber dem «Bund» meinte er: «Strafrechtlich ist der Betrieb eines Fixerraums durch die Stiftung Contact keine strafbare Handlung. Dealen dagegen ist selbstverständlich nach wie vor strafbar.» Brönnimanns Anzeige habe juristisch keine neuen Aspekte enthalten.

56 Grossräte sind besorgt

In einem von der SP-Fraktion initiierten Brief an den Berner Gemeinderat haben 56 Grossrätinnen und Grossräte ihrer Besorgnis über eine mögliche Räumung der offenen Drogenszene Kleine Schanze («Bund» vom 9. November) Ausdruck gegeben.

Es sei zwingend, dass die Gemeinde Bern für die auf der Kleinen Schanze «dahinvegetierenden jungen Frauen und Männer» ein heizbares Obdach finde, dass die medizinische Versorgung gewährleistet sowie Essen und Kleidung zur Verfügung gestellt würden. Eine Räumung der Kleinen Schanze «ohne eine solche Mindestversorgung», schreiben sie, «könnte das Leben dieser schwer drogenabhängigen Menschen noch massiver gefährden.»

In einer Pressemitteilung unterstützt die Stadtsektion Bern der Schweizer Demokraten (ehemals NA) dagegen «die von Gemeinderat Albisetti vorgeschlagenen Massnahmen zur vollständigen Räumung der Kleinen Schanze vorbehaltlos». Sie verlangt die Schaffung geschlossener Drogenkliniken.

Der Bund, November 1990:

«Anzeige abgeblitzt: Fixerräume nichts Strafbares»

contact
Stiftung für Suchthilfe

contact
Anlaufstelle